

GERMAN INSTITUTE FOR ECONOMIC RESEARCH

Demokratie braucht einen souveränen Staat

Bruno Hollnagel

Demokratie setzt Souveränität voraus, denn nur ein souveräner Staat kann es seinen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, frei und selbstbestimmt zu entscheiden. Ein demokratischer Staat muss deshalb in allen zentralen Bereichen möglichst unabhängig werden.

Staatliche Souveränität setzt voraus, dass ein Gemeinwesen seine inneren und äußeren Angelegenheiten eigenständig und ohne übergeordnete Autorität regeln kann. In der klassischen Staats- und Rechtsphilosophie wird Souveränität als Rechtsmacht zur Letztentscheidung definiert – ein Konzept, das auf Jean Bodin zurückgeht, der Souveränität als höchste, unteilbare Entscheidungsbefugnis verstand.¹

Im Völkerrecht knüpft die Souveränität an die Elemente des traditionellen Staatsbegriffs an: ein definiertes Territorium, eine permanente Bevölkerung, eine funktionsfähige Regierung und die Fähigkeit, internationale Beziehungen aufzunehmen. Diese vier Kriterien wurden in der *Montevideo Convention on Rights and Duties of States* schriftlich fixiert, systematisch geordnet und rechtlich verbindlich gemacht² und gelten als Mindestvoraussetzungen für die rechtliche Selbstständigkeit eines Staates.

Die Staats- und Demokratietheorie ergänzt diese formalen Kriterien um die Einsicht, dass Souveränität zugleich Grundlage und Geltungsbedingung des Völkerrechts ist. So betont Hermann Heller, dass der Staat als eigenständiges Rechtssubjekt existieren muss, damit völkerrechtliche Normen überhaupt anwendbar sind.³ Damit wird deutlich, dass Souveränität ein rechtlicher Status ist, der die Fähigkeit zur unabhängigen, rechtlich abgesicherten Entscheidung garantiert.

Unter dem Blickwinkel der politischen Ökonomie gehört u. a. eine sichere Versorgung mit Rohstoffen, Grundnahrungsmitteln und Energie ebenso wie die staatliche Kontrolle über die Infrastruktur, wie Straße, Schiene, Wasser, Luft, sowie eigene IT- und Ortungssysteme dazu. Auch die Fähigkeit zur eigenständigen Verteidigung ist unverzichtbar, wenn politische Unabhängigkeit nicht nur ein Ideal, sondern Realität sein soll. Sie umfasst ebenso das kulturelle und geistige Fundament einer Gesellschaft: die Kultur, die verinnerlichten Werte, die anerkannten Normen, die gelebten Tugenden und die angestrebten Ziele. Sie geben Orientierung und Halt. Das Bildungssystem mit ihren Einrichtungen – Schulen, Universitäten und Fachhochschulen – muss deshalb auf eigenen Füßen stehen und darf nicht von privaten Geldgebern abhängig sein. Nur so bleibt Bildung frei von einseitigen Interessen und dem Gemeinwohl verpflichtet. Gleiches gilt für die technologische Entwicklung: Auch hier ist größtmögliche Eigenständigkeit notwendig, um Abhängigkeiten zu vermeiden und die eigene Innovationskraft zu sichern.

¹ Bodin, J. (1992). *Sechs Bücher über den Staat* (F. Meinecke, Hrsg.). Wissenschaftliche Buchgesellschaft. (Original erschienen 1576).

² Montevideo Convention. (1933). *Convention on Rights and Duties of States*.

³ Heller, H. (1927). *Die Souveränität*. De Gruyter.

Unabhängigkeit ist nicht nur eine Frage der Sicherheit, sondern auch ein entscheidender wirtschaftlicher Standortvorteil. Sie schützt gleichermaßen vor Krisen und äußerer Einflussnahme und verleiht der Demokratie die Stabilität, die nötig ist, um den Bürgerinnen und Bürgern echte Souveränität zu garantieren.

Nur ein starker Staat kann auf Dauer selbstbestimmt überleben

Um auf Dauer überleben zu können, braucht ein Staat drei Dinge: militärische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stärke. Diese bedingen einander. Zwar können eigene Schwächen durch starke und verlässliche Bündnisse ausgeglichen werden, doch geht das in der Regel zu Lasten der Selbstbestimmung.

Militärische Stärke: Sicherheit nach außen

Militärische Stärke ist eine elementare Voraussetzung für das Überleben eines Staates. Ein Staat, der nicht in der Lage ist, seine Grenzen zu schützen oder seine Bevölkerung vor äußeren Bedrohungen zu verteidigen, läuft Gefahr, seine Unabhängigkeit zu verlieren. Bereits Thomas Hobbes betonte in seinem Werk „Leviathan“ (1651), dass ohne ein Gewaltmonopol und die Fähigkeit zur Verteidigung der „Krieg aller gegen alle“ drohe. Militärische Macht wirkt gegenüber potenziellen Angreifern abschreckend. Dies zeigte sich beispielsweise im Kalten Krieg, als das militärische Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt eine direkte Konfrontation verhinderte. Militärische Macht schafft auch die Voraussetzung für Sicherheit im Inneren, indem sie das staatliche Gewaltmonopol absichert.

Auch die Forderung Kants nach einem „Rechtszustand“ setzt die Fähigkeit des Staates voraus, diesen Zustand nach außen zu verteidigen. Ohne militärische Stärke ist ein Staat erpressbar und abhängig, wodurch die Grundlage seiner Selbstbestimmung verloren geht.

Militärische Stärke ist jedoch kein Selbstzweck, sondern muss in politische und rechtliche Strukturen eingebettet sein, die ihre Legitimität sichern. In Demokratien ist das Militär daher an die Kontrolle durch Regierung und Parlament gebunden. Dadurch wird verhindert, dass militärische Macht zur Bedrohung der eigenen Gesellschaft wird.

Wirtschaftliche und technologische Stärke: Wohlstand und Legitimation

Für die langfristige Überlebensfähigkeit eines Staates sind wirtschaftliche und technologische Stärke ebenso entscheidend wie militärische Macht. Eine leistungsfähige Wirtschaft versorgt die Bevölkerung mit Wohlstand, schafft Arbeitsplätze und trägt somit zur gesellschaftlichen Stärke bei. Zugleich finanziert sie die staatlichen Institutionen, einschließlich des Militärs. Ohne eine stabile ökonomische Basis kann ein Staat weder seine innere Ordnung sichern noch seine äußere Sicherheit gewährleisten. Umgekehrt führt wirtschaftliche Schwäche zu sozialen Spannungen im Inneren und macht einen Staat nach außen hin anfällig für Abhängigkeiten und politischen Druck. Wirtschaftliche Stärke ist somit nicht nur ein Mittel zur Versorgung der Bevölkerung, sondern auch ein strategisches Instrument zur Sicherung von Souveränität und Einfluss.

Technologische Stärke ergänzt diese ökonomische Basis und ist ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit im globalen System. Innovationen in Schlüsselbereichen wie Digitalisierung, Energieversorgung, Biotechnologie oder Rüstungstechnologie verschaffen Staaten Vorteile, die über die reine Wirtschaftskraft hinausgehen. Wer technologische Führerschaft erlangt, kontrolliert nicht nur Märkte, sondern schafft auch sicherheitspolitische Abhängigkeiten. Ein aktuelles Beispiel ist die geopolitische Bedeutung von Halbleitern: Staaten mit eigener Chipproduktion verfügen über ein entscheidendes Machtinstrument, während andere in gefährliche Abhängigkeiten geraten. Die gezielte Technologiepolitik Chinas, wie das Programm „Made in China 2025“, zeigt, wie sich

technologische Innovation als strategisches Mittel einsetzen lässt, um ökonomische Dominanz und sicherheitspolitischen Einfluss zu sichern.

Gesellschaftliche Stärke: Legitimität und Zusammenhalt

Die dritte Dimension betrifft die innere Verfassung des Staates. Eine starke Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass ihre Bürger den Staat nicht nur als äußere Zwangsordnung, sondern auch als Ausdruck gemeinsamer Werte und Ziele begreifen, mit denen sie sich identifizieren. In diesem Zusammenhang sah Aristoteles den Menschen als „zoon politikon“, der seine Bestimmung nur in der Gemeinschaft verwirklichen könne. Rousseau betonte die Identifikation mit dem *volonté générale*, dem Gemeinwillen, als Grundlage politischer Legitimität. Hegel wiederum verstand den Staat als „Verwirklichung der sittlichen Idee“: Der Einzelne erkennt sich im Staat wieder, wenn er ihn als Träger einer höheren moralischen Ordnung begreift. Gesellschaftliche Stärke umfasst daher Rechtsstaatlichkeit, demokratische Teilhabe, gemeinsame Werte und Sinnstiftung. Ohne diese Dimensionen bleibt der Staat eine bloße „Maschine“, wie Hegel es ausdrückte, der es an innerer Legitimität mangelt.

Gesellschaftliche Stärke erwächst aus der Identifikation mit dem Staat. Welche Bedingungen stiften Identität?

Dazu sei daran erinnert, dass Staaten nicht nur aus Institutionen, Gesetzen und Machtstrukturen bestehen, sondern vor allem aus Menschen, die sie tragen, gestalten und führen. Ob diese Menschen den Staat als „ihren“ Staat anerkennen, hängt von einem komplexen Zusammenspiel rationaler, emotionaler, kultureller und sozialer Faktoren ab.

Philosophen wie Kant, Hegel, Rousseau, Habermas oder Rawls gehen davon aus, dass der Mensch ein vernunftbegabtes, freies und soziales Wesen ist. Er kann Regeln erkennen, Prinzipien formulieren und seine Triebe kontrollieren. Zugleich strebt er nach Selbstbestimmung und ist auf Gemeinschaft angewiesen. Doch genau hier entsteht ein Spannungsfeld: Eigeninteressen und moralische Verantwortung geraten häufig in Konflikt. Der Staat ist eine Instanz, die diesen Widerspruch ordnet.

Damit Identifikation mit dem Staat gelingt, sind bestimmte Rahmenbedingungen notwendig:

- Rechtsstaatlichkeit und Legitimität: Nur, wenn der Staat als gerecht, sicher (Sicherheit nach innen) und verlässlich wahrgenommen wird, entsteht Vertrauen.
- Partizipation und Inklusion: Bürger müssen die Möglichkeit haben, ihre Stimme einzubringen und an politischen Prozessen teilzuhaben.
- Kulturelle Identität: Gemeinsame Werte, Sprache und kollektive Erinnerungen stiften emotionale Bindung.
- Soziale Gerechtigkeit: Wahrgenommene Fairness im Zugang zu Chancen und Ressourcen stärkt die Loyalität. Das Problem: Es gibt keinen objektiven Maßstab dafür, was als sozial gerecht gilt⁴.

Da der Staat seinen Bürgern nicht nur Nutzen in Form von Sicherheit, Infrastruktur, Ordnung, Schutz der Grundrechte sowie Förderung von Bildung und sozialer Teilhabe bringt, sondern ihnen auch Entbehrungen in Form von Steuern, Abgaben und Wehrpflicht abverlangt, ist es aus Sicht der Bürger notwendig, dass er ihnen einen entsprechenden Mehrwert bietet. Ein Staat, der lediglich Pflichten auferlegt, ohne einen entsprechenden Nutzen zu stiften, verliert an Bindungskraft.

Es besteht eine Interdependenz der drei Dimensionen militärische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stärke. Diese drei Faktoren sind nicht isoliert zu betrachten, sondern bedingen einander:

- Militärische Stärke ist ohne wirtschaftliche Basis nicht finanzierbar.

⁴ Was ist ein „sozial gerechter“ Lohn: 12,3 €, 14,71 € oder 11,99 € und wie lange muss man dafür arbeiten und für welchen Ort (München, Mecklenburg Vorpommern oder Trinidad)?

- Wirtschaftliche Stärke kann ohne gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht nachhaltig wirken.
- Gesellschaftliche Stärke bleibt ohne äußere Sicherheit und ökonomische Grundlage fragil.

Diese Interdependenz erinnert an Aristoteles' Lehre vom „rechten Maß“: Nur das Gleichgewicht der Kräfte sichert die Stabilität des Ganzen. Eine einseitige Betonung einer Dimension – etwa militärische Macht ohne gesellschaftliche Legitimität – führt langfristig zu Instabilität.

Diplomatisches Geschick

Staaten existieren nicht unabhängig voneinander, sondern stehen stets in Beziehung zueinander, sei es in Form von Kooperation oder Konkurrenz. Ein bloßes Nebeneinander ohne Berührungspunkte ist in der heutigen globalisierten Welt undenkbar. Ob ein Land zwischen Machtblöcken zerrieben wird, zum Vasallen anderer Staaten herabsinkt oder sich selbstbestimmt in die Weltgemeinschaft einbringt, hängt neben seinen Stärken und Schwächen maßgeblich von seiner Diplomatie ab. Diplomatie ist die Kunst, Verständigung zu ermöglichen, Konflikte zu entschärfen und das friedliche Zusammenleben zwischen Staaten zu fördern.

Diplomatie dient der umfassenden Pflege zwischenstaatlicher Beziehungen. Dabei gilt es, die politischen, wirtschaftlichen, militärischen und gesellschaftlichen Interessen des Landes zu wahren – beispielsweise durch Handelsvereinbarungen, Sicherheitsbündnisse und kulturellen Austausch. Diplomatie fungiert als Brücke zwischen der inneren Ordnung eines Staates und seiner Stellung in der internationalen Gemeinschaft. Sie schützt Staaten vor Isolation, ermöglicht wirtschaftliche Entwicklung, sichert Frieden und stärkt die internationale Legitimität.

Diplomatie ist mehr als nur ein Werkzeug der Außenpolitik. Sie bildet die Schnittstelle zwischen den inneren Bedürfnissen eines Staates und den äußeren Anforderungen der internationalen Gemeinschaft. Sie übersetzt gesellschaftliche, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen nach außen und integriert zugleich äußere Gegebenheiten in die nationale Politik. Erst durch Diplomatie wird militärische Stärke legitimiert und in Bündnisse eingebettet, wirtschaftliche Stärke entfaltet sich durch Handelsabkommen und internationale Kooperation und gesellschaftliche Stärke wird durch kulturellen Austausch und Menschenrechtsdialoge sichtbar. In Demokratien wirkt Diplomatie dabei doppelt: Sie verstärkt vorhandene Ressourcen und gleicht Schwächen aus, indem sie Vertrauen schafft, Konflikte entschärft und die Werte der Gesellschaft nach außen trägt. Gerade diese doppelte Rolle macht Diplomatie zu einem unverzichtbaren Element für die Überlebensfähigkeit von Staaten.